

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marion Schneid (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Polizeipuppenbühne in Ludwigshafen am Rhein

Die **Kleine Anfrage 697** vom 5. März 2012 hat folgenden Wortlaut:

In einem Zeitungsartikel der Rheinpfalz vom 4. November 2011 wurde veröffentlicht, dass die Informations- und Präventionsarbeit der Polizeipuppenbühnen nicht eingestellt, sondern durch sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Mitarbeiter weitergeführt wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form wird die Arbeit der Polizeipuppenbühne in Ludwigshafen fortgeführt?
2. Findet durch die Umstrukturierung ein Personalwechsel statt? Wenn ja, inwieweit?
3. Wie viele hauptamtliche Mitarbeiter und wie viele ehrenamtliche Mitarbeiter werden in Zukunft bei der Polizeipuppenbühne Ludwigshafen eingesetzt?
4. In welchem Umfang wird die Arbeit fortgeführt im Vergleich zu den bisherigen Einsätzen?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. März 2012 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 3. November 2011 habe ich die wesentlichen Ergebnisse des von mir eingeleiteten Organisationsentwicklungsprozesses zur Optimierung der rheinland-pfälzischen Polizei der Öffentlichkeit vorgestellt und dabei hervor-gehoben, dass die Polizeipuppenbühnenarbeit in Rheinland-Pfalz fortgeführt werden soll.

Gleichzeitig habe ich entschieden, das bestehende Konzept auf Optimierungspotenziale hin zu untersuchen und Vorschläge für eine Fortentwicklung zu unterbreiten.

Hierzu wurde ein Runder Tisch eingerichtet, an dem auch die Polizeipuppenbühne des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz mit Sitz in Ludwigshafen beteiligt ist.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Runden Tisches wird eine zukunftsfähige Rahmenkonzeption entwickelt.

Die Vorlage des Konzeptes ist bis Ende des 2. Quartals 2012 vorgesehen.

Eine weitergehende Beantwortung der Fragen 1 bis 4 ist daher erst nach diesem Zeitpunkt möglich.

Roger Lewentz
Staatsminister